



31. Aug. 1988

1484

Gemeinsames Protokoll über die Anwendung des Wiener Uebereinkommens und des Pariser Uebereinkommens/Unterzeichnung

3003 Bern, den 17. August 1988

Aufgrund des Antrages des EVED vom 17. August 1988

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

An den Bundesrat

beschlossen:

1. Das Protokoll über die Anwendung des Wiener Uebereinkommens und des Pariser Uebereinkommens wird genehmigt.
2. Die schweizerische Delegation für die Konferenz von IAEA und NEA vom 21.9.88 über das Verhältnis zwischen den Uebereinkommen von Wien und von Paris besteht aus Herrn Professor Dr. C. Zangger, stellvertretender Direktor des BEW und Vertreter der Schweiz im Gouverneursrat der IAEA als Delegationsleiter, sowie einem Mitglied der ständigen Vertretung der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Wien.
3. Der Delegationsleiter wird ermächtigt, das Protokoll unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
4. Die Bundeskanzlei wird mit der Ausfertigung der Vollmachten beauftragt.

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	8	-
		EDI		
	X	EJPD	3	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
	X	EVD	5	-
X		EVED	5	-
	X	BK	4	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-





EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT  
 DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE  
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE

3003 Bern, den 17. August 1988

An den Bundesrat

Gemeinsames Protokoll über die Anwendung des Wiener Uebereinkommens und des Pariser Uebereinkommens/Unterzeichnung

---

I

Im Rahmen der Nuklearenergieagentur (NEA) der OECD besteht das Uebereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiete der Kernenergie (Pariser Uebereinkommen, PÜ), das 1968 in Kraft getreten ist. Dieses Uebereinkommen bezweckt eine Rechtsvereinheitlichung im Gebiete des Kernenergiehaftpflichtrechts. Grundzug der Regelung ist die auf den Inhaber einer Kernanlage kanalisierte Kausalhaftung für Nuklearschäden, summenmässig begrenzt auf einen versicherbaren Betrag. Dieser Betrag beträgt 15 Mio Rechnungseinheiten (RE; entspricht ca. 40 Mio SFr.), kann aber von jedem Staat höher oder tiefer (mindestens aber 5 Mio RE, ca. 12 Mio SFr.) festgesetzt werden.

Die Regelung des PÜ wird ergänzt durch das im Jahre 1974 in Kraft getretene Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1964 (Brüsseler Zusatzübereinkommen, BZÜ). Dieses bezweckt eine Erhöhung der zur Verfügung stehenden Entschädigungssumme auf 120 Mio RE (ca. 300 Mio SFr.) pro Schadenereignis unter Beteiligung aller Vertragsparteien.

Mit den (voraussichtlich in Kürze in Kraft tretenden) Aenderungsprotokollen vom 16. November 1982 zu PÜ und BZÜ wird die RE durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds (SZR) ersetzt und die Höchstsumme des BZÜ von 120 Mio RE auf 300 Mio SZR (ca. 700 Mio SFr.) erhöht.

Folgende Staaten (in alphabetischer Reihenfolge) haben die Uebereinkommen von Paris und Brüssel ratifiziert: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Spanien und Schweden. Drei Staaten haben nur das Uebereinkommen von Paris ratifiziert, nämlich Griechenland, Portugal und Türkei; wieder andere Staaten haben die beiden Uebereinkommen unterzeichnet, aber nicht ratifiziert: Luxemburg, Oesterreich und die Schweiz.

Andererseits gibt es das im Rahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) am 21. Mai 1963 abgeschlossene und im Jahre 1977 in Kraft getretene Wiener Atomhaftungsübereinkommen, WÜ). Dieses Uebereinkommen entspricht in seinen Grundzügen dem Pariser Uebereinkommen. Die minimale Deckungssumme beträgt 5 Mio US Dollar. Das WÜ wurde ratifiziert von (in alphabetischer Reihenfolge): Aegypten, Argentinien, Bolivien, Jugoslawien, Kamerun, Kuba, Nigeria, Peru, Philippinen, Tobago und Trinidad. Von den europäischen Staaten ist demnach einzig Jugoslawien beigetreten.

## II

Die Schweiz war an der Ausarbeitung von PÜ und BZÜ beteiligt. Anfänglich wartete sie mit der Ratifikation ab, weil sie die Entwicklung des (weltweiten) Wiener Atomhaftungsübereinkommens beobachten wollte. Später setzte sich in der Schweiz die Auffassung durch, dass auch der Kernanlageinhaber, wie alle anderen Haftpflichtigen, summenmässig unbeschränkt haften soll; das fand Ausdruck im Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 18. März 1983 (KHG, SR 732.44). Diese unbeschränkte Haftung erachteten Bundesrat und Parlament als unvereinbaren Widerspruch zum Grundprinzip des PÜ und verzichteten daher auf eine Ratifikation.

Inzwischen hat die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat des PÜ und BZÜ die unbeschränkte Haftung eingeführt. Sie stellt sich auf den Standpunkt, die unbeschränkte Haftung sei mit dem PÜ vereinbar. Diese Auffassung wird von einzelnen PÜ-Vertragsstaaten nicht oder nur mit Vorbehalten geteilt. Trotzdem denkt niemand daran, die Mitgliedschaft der BRD in diesem Vertragswerk in Frage zu stellen. Möglicherweise stünde also die unbeschränkte Haftung einer schweizerischen Ratifizierung nicht mehr im Wege.

Darüber hinaus bestehen in verschiedenen Einzelfragen Differenzen zwischen dem KHG und dem PÜ (Begriffsbestimmungen, Verjährungsfristen, Haftung bei Kernmaterialtransporten usw.). Bei einer Ratifikation müssten entweder entsprechende Vorbehalte angebracht oder das KHG dem PÜ angepasst werden. Vorbehalte zum PÜ sind nach dessen Artikel 18 an sich zulässig, bedürfen aber der Zustimmung aller Unterzeichnerstaaten. Das Bundesamt für Energiewirtschaft (BEW) ist daran, die noch offenen Fragen abzuklären. Zu gegebener Zeit wird das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement dem Bundesrat Antrag stellen, mit welchen Vorbehalten bzw. Änderungen des KHG eine Ratifikation des PÜ und BZÜ ins Auge gefasst werden könnte.

### III

Seit geraumer Zeit bestehen im Rahmen der NEA der OECD und der IAEA Bestrebungen, das PÜ und das WÜ aufeinander abzustimmen. Darum wurde die Ausarbeitung eines gemeinsamen Protokolls vorgesehen, welches die Vertragsstaaten des einen Uebereinkommens den Vertragsstaaten des anderen Uebereinkommens gleichstellt. Ein entsprechender Entwurf wurde anlässlich einer gemeinsamen IAEA/NEA Arbeitsgruppe von Regierungsexperten in Wien vom 27. - 30. Oktober 1987 erarbeitet. Die Schweiz war dabei vertreten. Die zuständigen Gremien der IAEA und der NEA haben den Entwurf genehmigt.

Wesentlicher Inhalt des gemeinsamen Protokolls ist, dass entweder das WÜ oder das PÜ unter Ausschluss des jeweils anderen Uebereinkommens auf ein nukleares Ereignis Anwendung findet. Anwendbar ist das Uebereinkommen, dessen Vertragspartei der Staat ist, in dessen Hoheitsgebiet die betreffende Anlage gelegen ist. Im weiteren bestimmt das Protokoll, welche Artikel des WÜ bzw. PÜ zur Anwendung gelangen. Das gemeinsame Protokoll tritt drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden von mindestens je fünf Vertragsparteien des WÜ und PÜ in Kraft.

Das Protokoll ist ein erster Schritt zur Harmonisierung des internationalen Nuklearhaftpflichtrechtes. Davon kann eine gewisse Signalwirkung zu Gunsten weiterer Harmonisierungsschritte ausgehen. Andererseits ist es nicht ganz unverständlich, dass gewisse OECD-Staaten der Meinung sind, dass für die Vertragsstaaten des PÜ ein solches Zusatzprotokoll nur dann sinnvoll ist, wenn das WÜ eine grössere Verbreitung findet, d.h. insbesondere die osteuropäischen Staaten dem Wiener Uebereinkommen beitreten, und die sehr tiefe Deckungssumme erhöht wird.

In der Zwischenzeit hat die IAEA im Zusammenhang mit der diesjährigen ordentlichen Generalkonferenz der IAEA (19.-23.9.1988) auf den 21. September 1988 zu einer gemeinsamen Konferenz der IAEA und der NEA eingeladen. An dieser Tagung soll das gemeinsame Protokoll genehmigt und zur Unterzeichnung aufgelegt werden.

#### IV

Verschiedene aussen- und innenpolitische Gründe sprechen für eine Unterzeichnung des gemeinsamen Protokolls durch die Schweiz. Die Schweiz hat eine Harmonisierung im internationalen Kernenergiehaftpflichtrecht stets befürwortet. Besonders nach Tschernobyl haben die Harmonisierungsbestrebungen neuen Auftrieb erhalten. Es hat sich gezeigt, wie wichtig gerade im Bereiche des nuklearen Haftpflichtrechtes international einheitliche Lösungen sind. Darüber hinaus wird durch das

Protokoll die Attraktivität des Wiener Uebereinkommens gesteigert und damit die Grundlage geschaffen, um weitere Staaten haftpfllichtrechtlich einzubinden. Eine internationale Harmonisierung des nuklearen Haftpfllichtrechtes ist ein weiterer Grund für die Schweiz, die Ratifikation der Uebereinkommen von Paris und Brüssel anzustreben.

Wir beantragen daher, dass die Schweiz das Protokoll genehmigen, an der Konferenz teilnehmen und das Protokoll unter Ratifikationsvorbehalt unterzeichnen soll.

Die Delegation für die Konferenz soll aus den Herren Prof. Dr. C. Zangger, stellvertretender Direktor des BEW und Vertreter der Schweiz im Gouverneursrat der IAEA (Delegationsleiter) und einem Mitglied der ständigen Vertretung der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Wien bestehen. Prof. Zangger weilt zu diesem Zeitpunkt bereits als Leiter der schweizerischen Delegation für die Generalkonferenz der IAEA in Wien. Der Delegationsleiter soll zur Unterschrift unter Ratifikationsvorbehalt ermächtigt werden.

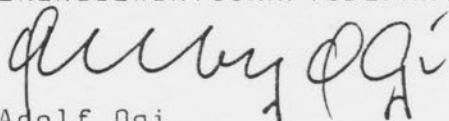
V

Alle interessierten Bundesstellen (Politische Direktion, Direktion für Völkerrecht, Bundesamt für Justiz, Eidg. Finanzverwaltung, Bundesamt für Aussenwirtschaft) sind einverstanden.

VI

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND  
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

  
Adolf Ogi

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- Protokollentwurf (deutsch und französisch)

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EJPD
- EFD
- EVD
- BK

Protokollauszug (je 10 Expl.) an:

- EDA zum Vollzug
- EJPD
- EFD
- EVD
- EVED
- BK

*[Handwritten signature]*  
 Adelt 021

Gemeinsames Protokoll über die Anwendung des Wiener Uebereinkommens und des Pariser Uebereinkommens/Unterzeichnung

---

Aufgrund des Antrages des EVED vom 17. August 1988  
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das Protokoll über die Anwendung des Wiener Uebereinkommens und des Pariser Uebereinkommens wird genehmigt.
2. Die schweizerische Delegation für die Konferenz von IAEA und NEA vom 21.9.88 über das Verhältnis zwischen den Uebereinkommen von Wien und von Paris besteht aus Herrn Professor Dr. C. Zangger, stellvertretender Direktor des BEW und Vertreter der Schweiz im Gouverneursrat der IAEA als Delegationsleiter, sowie einem Mitglied der ständigen Vertretung der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Wien.
3. Der Delegationsleiter wird ermächtigt, das Protokoll unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
4. Die Bundeskanzlei wird mit der Ausfertigung der Vollmachten beauftragt.

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:



Inoffizielle Uebersetzung

## INTERNATIONALE ATOMENERGIE-ORGANISATION

Gemeinsame IAEO/NEA-Arbeitsgruppe  
von Regierungssachverständigen über das  
Verhältnis zwischen dem Pariser und dem  
Wiener Übereinkommen

### GEMEINSAMES PROTOKOLL ÜBER DIE ANWENDUNG DES WIENER ÜBEREINKOMMENS UND DES PARISER ÜBEREINKOMMENS

DIE VERTRAGSPARTEIEN -

EINGEDENK des Wiener Übereinkommens vom 21. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden;

EINGEDENK des Pariser Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der durch das Zusatzprotokoll vom 28. Februar 1964<sup>1</sup> und das Protokoll vom 16. November 1982 geänderten Fassung;

IN DER ERWÄGUNG, daß das Wiener Übereinkommen und das Pariser Übereinkommen sich inhaltlich ähnlich sind und zur Zeit kein Staat Vertragspartei beider Übereinkommen ist;

---

1 Anm.d.Übers.: Das Datum müßte richtig lauten: 28. Januar 1964

ÜBERZEUGT, daß der Beitritt von Vertragsparteien des einen Übereinkommens zu dem anderen Übereinkommen zu Schwierigkeiten führen könnte, die sich aus der gleichzeitigen Anwendung beider Übereinkommen auf ein nukleares Ereignis ergeben;

IN DEM WUNSCH, zwischen dem Wiener Übereinkommen und dem Pariser Übereinkommen eine Verbindung herzustellen, indem die Vorteile der in jedem der Übereinkommen festgelegten Sonderregelung der zivilrechtlichen Haftung für nukleare Schäden auf das jeweils andere Übereinkommen ausgedehnt werden, und Konflikte aufgrund der gleichzeitigen Anwendung beider Übereinkommen auf ein nukleares Ereignis zu beseitigen,

SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

#### Artikel I

In diesem Protokoll bedeutet

- a) "Wiener Übereinkommen" das Wiener Übereinkommen vom 21. Mai 1963 über die zivilrechtliche Haftung für nukleare Schäden sowie jede für eine Vertragspartei des Protokolls in Kraft befindliche Änderung des Übereinkommens;
- b) "Pariser Übereinkommen" das Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie sowie jede für eine Vertragspartei des Protokolls in Kraft befindliche Änderung des Übereinkommens.

#### Artikel II

Im Sinne dieses Protokolls

- a) haftet der Inhaber einer im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei des Wiener Übereinkommens gelegenen Kernanlage nach diesem Übereinkommen für nukleare Schäden, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei sowohl

des Pariser Übereinkommens als auch dieses Protokolls entstanden sind;

- b) haftet der Inhaber einer im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei des Pariser Übereinkommens gelegenen Kernanlage nach diesem Übereinkommen für nukleare Schäden, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei sowohl des Wiener Übereinkommens als auch dieses Protokolls entstanden sind.

### Artikel III

(1) Entweder das Wiener Übereinkommen oder das Pariser Übereinkommen findet unter Ausschluß des jeweils anderen Übereinkommens auf ein nukleares Ereignis Anwendung.

(2) Im Fall eines in einer Kernanlage eintretenden nuklearen Ereignisses ist das Übereinkommen anwendbar, dessen Vertragspartei der Staat ist, in dessen Hoheitsgebiet die betreffende Anlage gelegen ist.

(3) Im Fall eines nuklearen Ereignisses, das außerhalb einer Kernanlage im Verlauf einer Beförderung von Kernmaterialien eintritt, ist das Übereinkommen anwendbar, dessen Vertragspartei der Staat ist, in dessen Hoheitsgebiet die Kernanlage gelegen ist, deren Inhaber entweder nach Artikel II Absatz 1 Buchstaben b und c des Wiener Übereinkommens oder nach Artikel 4 Buchstaben a und b des Pariser Übereinkommens haftet.

### Artikel IV

(1) Die Artikel I bis XV des Wiener Übereinkommens finden in bezug auf die Vertragsparteien dieses Protokolls, die Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens sind, ebenso Anwendung wie zwischen den Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens.

(2) Die Artikel 1 bis 14 des Pariser Übereinkommens finden in bezug auf die Vertragsparteien dieses Protokolls, die Vertragsparteien des Wiener

Übereinkommens sind, ebenso Anwendung wie zwischen den Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens.

#### Artikel V

Dieses Protokoll liegt vom  bis zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens am Sitz der Internationalen Atomenergie-Organisation für alle Staaten, die entweder das Wiener Übereinkommen oder das Pariser Übereinkommen unterzeichnet oder ratifiziert haben oder einem der beiden Übereinkommen beigetreten sind, zur Unterzeichnung auf.

#### Artikel VI

(1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder des Beitritts. Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden nur von Staaten angenommen, die Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens oder des Pariser Übereinkommens sind. Jeder dieser Staaten, der das Protokoll nicht unterzeichnet hat, kann ihm beitreten.

(2) Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation hinterlegt, der hiermit zum Verwahrer dieses Protokolls bestimmt wird.

#### Artikel VII

(1) Dieses Protokoll tritt drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden von mindestens fünf Staaten, die Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens sind, und fünf Staaten, die Vertragsparteien des Pariser Übereinkommens sind, in Kraft. Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der genannten Urkunden das Protokoll ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beiträgt, tritt es drei Monate nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

- (2) Das Protokoll bleibt ebenso lange in Kraft wie das Wiener Übereinkommen und das Pariser Übereinkommen.

#### Artikel VIII

- (1) Jede Vertragspartei kann dieses Protokoll durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation kündigen

- (2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam.

#### Artikel IX

- (1) Jede Vertragspartei, die aufhört, Vertragspartei des Wiener Übereinkommens oder des Pariser Übereinkommens zu sein, notifiziert dem Verwahrer, daß sie die Anwendung des betreffenden Übereinkommens für sich beendet, und den Zeitpunkt, zu dem diese Beendigung wirksam wird.

- (2) Dieses Protokoll tritt für eine Vertragspartei, welche die Anwendung des Wiener Übereinkommens oder des Pariser Übereinkommens beendet hat, zu dem Zeitpunkt außer Kraft, zu dem diese Beendigung wirksam wird.

#### Artikel X

Der Verwahrer notifiziert den Vertragsparteien und [den zu der Konferenz ..... eingeladenen Staaten] sowie dem Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung umgehend

- a) jede Unterzeichnung dieses Protokolls;

- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigung- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll;
- c) das Inkrafttreten dieses Protokolls;
- d) jede Kündigung;
- e) jede nach Artikel IX eingegangene Information.

#### Artikel XI

Die Urschrift dieses Protokolls, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Verwahrer hinterlegt; dieser übermittelt den Vertragsparteien und [den zu der Konferenz über ..... eingeladenen Staaten] sowie dem Generalsekretär der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beglaubigte Abschriften.

## ANNEXE I

PROTOCOLE COMMUN RELATIF A L'APPLICATION DE LA CONVENTION DE VIENNE  
ET DE LA CONVENTION DE PARIS

## LES PARTIES CONTRACTANTES

VU la Convention de Vienne relative à la responsabilité civile en matière de dommages nucléaires, du 21 mai 1963;

VU la Convention de Paris sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, du 29 juillet 1960, amendée par le Protocole additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982;

CONSIDERANT que la Convention de Vienne et la Convention de Paris sont analogues sur le fond et qu'aucun Etat n'est actuellement Partie aux deux Conventions;

CONVAINCUES que l'adhésion à l'une des Conventions par les Parties à l'autre Convention pourrait soulever des difficultés liées à l'application simultanée des deux Conventions à un accident nucléaire;

DESIREUSES d'établir un lien entre la Convention de Vienne et la Convention de Paris en étendant mutuellement le bénéfice du régime spécial de responsabilité civile en matière de dommages nucléaires institué en vertu de chaque Convention et d'éliminer les conflits résultant d'une application simultanée des deux Conventions à un accident nucléaire;

SONT CONVENUES de ce qui suit :

## Article premier

Dans le présent Protocole :

- a) "Convention de Vienne" désigne la Convention de Vienne relative à la responsabilité civile en matière de dommages nucléaires, du 21 mai 1963, et tout amendement à cette Convention qui est en vigueur pour une Partie contractante au présent Protocole;
- b) "Convention de Paris" désigne la Convention de Paris sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, du 29 juillet 1960, et tout amendement à cette Convention qui est en vigueur pour une Partie contractante au présent Protocole.

## Article II

Aux fins du présent Protocole :

- a) L'exploitant d'une installation nucléaire située sur le territoire d'une Partie à la Convention de Vienne est responsable conformément à cette Convention des dommages nucléaires subis sur le territoire d'une Partie contractante à la fois à la Convention de Paris et au présent Protocole;
- b) L'exploitant d'une installation nucléaire située sur le territoire d'une Partie à la Convention de Paris est responsable conformément à cette Convention des dommages nucléaires subis sur le territoire d'une Partie contractante à la fois à la Convention de Vienne et au présent Protocole.

## Article III

1. La Convention de Vienne ou la Convention de Paris s'applique à un accident nucléaire à l'exclusion de l'autre.
2. Dans le cas d'un accident nucléaire survenu dans une installation nucléaire, la convention applicable est celle à laquelle est Partie l'Etat sur le territoire duquel se trouve cette installation.
3. Dans le cas d'un accident nucléaire survenu hors d'une installation nucléaire et mettant en jeu des matières nucléaires en cours de transport, la convention applicable est celle à laquelle est Partie l'Etat sur le territoire duquel se trouve l'installation nucléaire dont l'exploitant est responsable en application soit des alinéas 1 b) et c) de l'article II de la Convention de Vienne, soit des paragraphes a) et b) de l'article 4 de la Convention de Paris.

## Article IV

1. Les articles premier à XV de la Convention de Vienne sont, en ce qui concerne les Parties contractantes au présent Protocole qui sont Parties à la Convention de Paris, appliqués de la même manière qu'entre les Parties à la Convention de Vienne.
2. Les articles premier à 14 de la Convention de Paris sont, en ce qui concerne les Parties contractantes au présent Protocole qui sont Parties à la Convention de Vienne, appliqués de la même manière qu'entre les Parties à la Convention de Paris.



## Article V

Le présent Protocole est ouvert à la signature de tous les Etats qui ont signé ou ratifié soit la Convention de Vienne, soit la Convention de Paris, ou ont adhéré à l'une ou à l'autre, à partir du 21 septembre 1988 et jusqu'à la date de son entrée en vigueur, au Siège de l'Agence internationale de l'énergie atomique.

## Article VI

1. Le présent Protocole est soumis à ratification, acceptation, approbation ou adhésion. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation ne seront acceptés que de la part des Etats parties soit à la Convention de Vienne, soit à la Convention de Paris. Les Etats en question qui n'auront pas signé le présent Protocole pourront y adhérer.
2. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion seront déposés auprès du Directeur général de l'Agence internationale de l'énergie atomique, qui est ainsi désigné comme dépositaire du présent Protocole.

## Article VII

1. Le présent Protocole entrera en vigueur trois mois après la date de dépôt des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion d'au moins cinq Etats parties à la Convention de Vienne et cinq Etats parties à la Convention de Paris. Pour chaque Etat qui ratifie le présent Protocole, l'accepte, l'approuve ou y adhère après le dépôt des instruments susmentionnés, le présent Protocole entrera en vigueur trois mois après la date de dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.
2. Le présent Protocole restera en vigueur aussi longtemps que la Convention de Vienne et la Convention de Paris seront en vigueur.

## Article VIII

1. Toute Partie contractante peut dénoncer le présent Protocole par notification écrite adressée au dépositaire.
2. La dénonciation prendra effet un an après la date de réception de la notification par le dépositaire.

## Article IX

1. Toute Partie contractante qui cesse d'être Partie soit à la Convention de Vienne, soit à la Convention de Paris, fait savoir au dépositaire qu'elle met fin à l'application de cette Convention en ce qui la concerne et à quelle date ce retrait prend effet.

2. Le présent Protocole cesse de s'appliquer à une Partie contractante qui a mis fin à l'application soit de la Convention de Vienne, soit de la Convention de Paris, à la date à laquelle ce retrait prend effet.

## Article X

Le dépositaire notifie sans tarder aux Parties contractantes et aux Etats invités à la Conférence sur les relations entre la Convention de Paris et la Convention de Vienne ainsi qu'au Secrétaire général de l'Organisation de coopération et de développement économiques :

- a) Chaque signature du présent Protocole;
- b) Chaque dépôt d'un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion relatif au présent Protocole;
- c) L'entrée en vigueur du présent Protocole;
- d) Toute dénonciation;
- e) Toute information reçue en application de l'article IX.

## Article XI

Le texte original du présent Protocole, dont les versions anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe font également foi, sera déposé auprès du dépositaire, qui en délivrera des copies certifiées conformes aux Parties contractantes et aux Etats invités à la Conférence sur les relations entre la Convention de Paris et la Convention de Vienne ainsi qu'au Secrétaire général de l'Organisation de coopération et de développement économiques.